



Gmünder Schulranzentag lockt zahlreiche Familien ins Autohaus Bierschneider

SCHWÄBISCH GMÜND. Schon vor dem offiziellen Start um neun Uhr, berichtet Michael Springer, habe sich vor dem Gmünder Autohaus Bierschneider eine Schlange gebildet – das Interesse der Kinder und Eltern am Schulranzentag war auch bei der zweiten diesjährigen Ausgabe im Rems-

tal groß. Nachdem der Aktionstag in den Pandemie Jahren einmal ausfallen musste und einmal nur unter strengen Auflagen stattfinden konnte, erlebten der Geschäftsführer des Schreibwarenhandels Springer und sein Team am Samstag eine Resonanz wie in der Zeit vor Corona. Eng-

giert informierten die fachkundigen Beraterinnen und Berater über die Merkmale diverser Ranzenmodelle und stellten sicher, dass sie auf den Rücken der ABC-Schützen bequem sitzen. „Eine so kompetente Beratung bietet nur der Einzelhandel vor Ort“, betont Springer. Foto: bri

Auf dem Landweg nach Indien

Der Ulmer Fotograf Carsten Schmidt zeigt am 4. Februar im Gmünder Prediger eine Multimediashow.

SCHWÄBISCH GMÜND. Von Ulm aus durchquerte Carsten Schmidt auf seiner abenteuerlichen und gefährlichen 50 000-Kilometer-Tour den Iran, Pakistan, Nepal und ganz Indien. In Pakistan stellte die Regierung ihm einmal 20 Leibwächter. Gefährlicher war jedoch der „ganz normale“ Straßenverkehr in Indien. Diese achtmonatige Reise führte den studierten Geographen und Chemiker durch Wüsten, das Himalaya-Gebirge und Sumpf zu den größten Heiligtümern von Schiiten, Sufis, Hindus, Buddhisten und Jain. Wie so oft bekam der Abenteurer das Privileg, nicht nur viele weltbekannte Orte persönlich zu bestaunen, sondern auch dort zu fotografieren, wo es fast allen anderen verwehrt wird.

Von farbenfrohen Festen wie unglaublichem Lebensalltag berichtet der preisgekrönte Fotograf mit viel Humor und fundiertem Hintergrundwissen am Samstag, 4. Februar, um 20 Uhr im Prediger in Schwäbisch Gmünd. Ein Highlight werden dabei laut Ankündigung die Luftaufnahmen aus dem motorisierten Gleitschirm sein. Weitere Informationen finden Interessierte im Internet unter diewelterfahren.de (pm)

Kultur-Tisch Lorch trauert um Clytus Gottwald

Aus der Feder des Komponisten stammen Stücke, die vor Jahren im Kloster Lorch zu hören waren.

LORCH. Mit der Nachricht vom Tod des Stuttgarter Chorleiters, Komponisten, Musikwissenschaftlers, Rundfunkredakteurs und Theologen Clytus Gottwald am 18. Januar erinnert sich der „Runde Kultur-Tisch Lorch“ an das Konzert im April 2012, das der „Runde Kultur-Tisch“ im Kloster Lorch mit dem SWR-Vokalensemble Stuttgart veranstaltet hatte. Die Alma- und Gustav-Mahler-Transkriptionen für Chor a cappella, die das Vokalensemble sang, stammten aus der Feder des Preisträgers der Europäischen Kirchenmusik Clytus Gottwald, der wie der englische Dirigent Marcus Creed mit begeistertem Beifall des Publikums gefeiert wurde. Da das Konzert aus Termingründen an einem Gründonnerstag stattfand, distanzierte sich die evangelische Gemeinde von dieser Veranstaltung. Clytus Gottwald war der geistlichen Musik besonders verbunden und öffnete ihr neue Horizonte. Geehrt wurde er unter anderem mit dem württembergischen Kulturpreis, dem Bundesverdienstkreuz und dem Landeskunstpreis. (ur)



Clytus Gottwald

Foto: ur

Werben für Bürgerbeteiligung

Gesellschaft: Bürgerbeteiligung stärkt die Demokratie. Das postulierte Staatsrätin Barbara Bosch bei ihrem Auftritt im Gschwender Bilderhaus im Rahmen der Rendezvous-Reihe „Vom Wert der Demokratie“ des Musikwinters.

VON RALF SNURAWA

GCSHWEND. „Das Vertrauen in die beste und freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je hatte, ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist dem Grundgesetz über die Jahre erst zugewachsen“, äußerte im Jahr 2009 der damalige Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert in seiner Ansprache zur 13. Bundesversammlung anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten. Lammert sprach zwei Wochen vor der baden-württembergischen Staatsrätin Barbara Bosch in der Rendezvous-Reihe „Vom Wert der Demokratie“ im Bilderhaus.

Auf ihn bezog sich die zweite Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Amt – früher Oberbürgermeisterin von Reutlingen und Präsidentin des Städtetags Baden-Württemberg – am vergangenen Mittwoch zu Beginn ihres Vortrags über eine „Politik des Gehörtwerdens“ im Rahmen des Gschwender Musikwinters. Demokratie könne man nicht von oben verordnen, und sie lasse sich nicht allein auf die demokratische Vorgehensweise der Wahlen beschränken. Bosch brachte die Gewaltenteilung zur Sprache und die Meinungs-, Rede-, Kunst- und Glaubensfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Medien.

Die Demokratie könne unter Druck geraten. Das hätte der Trumpismus in den USA gezeigt, und das zeige die Politik in Polen und Ungarn mit dem Behindern, Einschränken und letztlich dem Unterstellen der Medien wie der Justiz unter die jeweiligen Regierungen. In Italien gebe es eine postfaschistische Regierung, in Schweden regierten Rechtspopulisten mit, und in Brasilien habe es einen Umsturzversuch gegeben. Das Demonstrationsrecht und die Vereinigungsfreiheit seien unterbunden worden.

„All das“, folgerte die Staatsrätin, „zerstört die Fundamente unserer Demokratie.“ Sie werde „von links wie rechts unter Beschuss genommen“. Populisten böten den Menschen einfache Lösungen zu schwierigen Fragen. „Wie schaffen aber wir es als Demokraten, die Menschen mitzunehmen?“

Nachdem Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, habe er auch mit Blick auf Stuttgart 21 eine „Politik des Gehörtwerdens“ zum Ziel seiner Politik erklärt. Das sei nicht gleichzusetzen mit einer „Politik des Erhörtwerdens“. Für das Gehörtwerden habe der baden-württembergische Ministerpräsident eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung eingesetzt.



Staatsrätin Barbara Bosch stellte im Bilderhaus das Verfahren der Bürgerbeteiligung vor, durch das die „schweigende Mehrheit“ zu Wort kommen soll. Foto: Ralf Snurawa

Das war bis 2021 Gisela Erler. Bosch sprach an, dass ihre Vorgängerin die „Politik des Gehörtwerdens“ mit Leben gefüllt und die direkte Demokratie erleichtert habe. Außerdem sei die Beteiligung von Jugendlichen gesteigert und gestärkt worden. Unter anderem habe man das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt.

Bosch führte aus, ihr Hauptanliegen sei es, dass „Bürgerinnen und Bürger mit Politik und Verwaltung ins Gespräch kommen und bleiben“. Wichtig sei dabei grundsätzlich eine frühe und rechtzeitige Beteiligung der Menschen bei wichtigen Entscheidungen. Das löse zwar bisweilen Kritik aus, dass die Planung ja noch nicht weit genug gediehen sei.

Dennoch sei eine frühe Bürgerbeteiligung besser, denn seien die Planungen zu weit fortgeschritten, gebe es ebenfalls Kritik. „Es handelt sich dabei, wie Experten es nennen, um ein Beteiligungsparadoxon.“ Für eine Bürgerbeteiligung habe die Landesregierung das „Beteiligungsportal Baden-Württemberg“ im Internet eingerichtet. „Sie werden überrascht sein, was Sie dort alles finden“, so die Staatsrätin.

Im Weiteren führte sie das Vorgehen bei einer Bürgerbeteiligung aus. Bei Diskussionen zu strittigen Themen seien vielfach die

beteiligt, die sowieso schon gesellschaftlich engagiert sind. Meistens handele es sich dabei um ältere Bildungsbürger, die oft bereits in Interessengruppen organisiert seien. Wer aber, fragte Bosch, wohne denn – mit Verweis auf den Stuttgarter Hauptbahnhof – etwa in der nächsten Umgebung um einen Bahnhof?

Da finde man ganz andere Gruppen: solche mit niedrigem Schulabschluss, solche mit Migrationshintergrund und vor allem Frauen. Gerade letztere seien bei solchen Diskussionen oft unterrepräsentiert.

Bosch erklärte das Verfahren bei einer Bürgerbeteiligung. Man wähle per Zufall etwa 1000 Personen aus dem Melderegister einer Kommune aus, wenn es sich etwa um eine strittige kommunale Entscheidung handele. Wichtig seien Vorgaben wie Wohnort und Migrationshintergrund, darüber hinaus müssten Frauen und Männer gleichermaßen repräsentiert sein und 16- bis 25-Jährige zu Wort kommen. Die würden angeschrieben. In der Regel ergebe sich eine Beteiligungsquote von drei bis zehn Prozent, die an etwa drei Veranstaltungen teilnehmen würden.

Finde man nicht zu einer Bürgerbeteiligung, dann entstehe eine große Kontroverse: „Konfrontativ geht es aufeinander

los. Und man kann sich beinahe nicht mehr an einen Tisch setzen, um abzuwägen und zu einem guten Ergebnis zu kommen.“ Wichtig seien bei einer Bürgerbeteiligung dann sachliche Informationen: Zahlen, Daten, Fakten – und alles so verständlich wie möglich aufbereitet.

Die Bürgerinnen und Bürger versuchen dann zu einem Ergebnis zu kommen, das als Empfehlung an die gewählten Repräsentanten, in einer Kommune also die Gemeinderätinnen und -räte weitergegeben werde. Die hätten dann letztendlich zu entscheiden. Bosch nannte als Beispiel die Sanierung der Staatsoper in Stuttgart. Am Ende sei man einmütig damit umgegangen. Ohne Bürgerbeteiligung hätte es hier kein Ergebnis gegeben.

Der Vorteil der Bürgerbeteiligung, das führte Staatsrätin Barbara Bosch weiter aus, liege darin, dass auch die „schweigende Mehrheit“ zu Wort komme. Sonst würden eher die „Lauten“ überwiegen: „Wenn Sie so wollen, geben wir den Leisen eine Beteiligung.“ Bei direkter konfrontativer Demokratie und Bürgerentscheiden hätte man nur die Wahl zwischen Ja und Nein.

Bei der dialogischen Bürgerbeteiligung könne mit einer Empfehlung viel erreicht werden. Der Gemeinderat müsse sich öffentlich mit den Empfehlungen befassen, das heißt, sie müssen in die Debatte einfließen. Und es werde auch bekannt, wenn sie nicht berücksichtigt werden.

Wie es sei, wenn die Empfehlungen der Bürgerbeteiligung nicht in eine Entscheidung einfließen würden? Ob die Situation dann nicht schlimmer werde? „Auch hier eine klare Antwort: Das Gegenteil ist der Fall.“ Die Beteiligten äußerten sich grundsätzlich sehr zufrieden zum Verfahren. Wichtig sei eben, beteiligt worden zu sein. „Politik gegen die Bevölkerung zu machen, ist nicht mehr möglich“, folgerte die Staatsrätin. Baden-Württemberg sei mit seiner Bürgerbeteiligung bundesweit führend. „Eine Bürgerbeteiligung hilft, versachlicht und verzögert auch nicht.“

Teil der europäischen Strategie

Angewandt: Barbara Bosch verwies auf Bereiche, in denen die Bürgerbeteiligung Anwendung finde. So sei sie Teil der Frankreich-Politik der Landesregierung und auch in die „Zukunftstrategie Europa“ von EU-Kommissarin Ursula von der Leyen und Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron eingeflossen. Anwendung finde sie auch bei der Transformation der Wirtschaft oder beim Bürgerforum zur krisenfesten Gesellschaft.

Polizei-Notizen

Hochzeitsgesellschaft blockiert Einhorn-tunnel

SCHWÄBISCH GMÜND. Die Polizei hat am Samstagabend am Einhorn-tunnel in Schwäbisch Gmünd sechs Fahrzeuge angetroffen, die die Verkehrsader blockierten. Deren Insassen, die gerade eine Hochzeit feierten, müssen nun mit einem Nachspiel rechnen. Mehrere Verkehrsteilnehmer meldeten der örtlichen Polizei am Samstagabend kurz nach 21.15 Uhr, dass der Gmünder Einhorn-tunnel in Fahrtrichtung Stuttgart durch mehrere Fahrzeuge blockiert werde. Es wurde berichtet, dass Personen aus den Fenstern der Autos hängen und in die Luft schießen würden, schildert ein Sprecher des Polizeipräsidiums Aalen. Das Präsidium entsendete mehrere Polizeistreifenwagen zu der angesprochenen Stelle, die vor Ort sechs Fahrzeuge antrafen. Bei der Kontrolle der Menschen in den Autos stellte sich demnach heraus, dass es sich um Teilnehmer einer Hochzeitsgesellschaft handelte. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.